

VERTEILUNGSBERICHT 2024

REICHE SCHWEIZ? MEHR ALS DIE HÄLFTE DER BEVÖLKERUNG BESITZT NICHTS ODER FAST NICHTS

Ungleichheit manifestiert sich in allen Lebensbereichen: im Zugang zu Bildung, zu gutem Wohnraum, zu einer attraktiven Erwerbstätigkeit und zu höheren Positionen. Auch beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu sozialen Netzwerken und beim umweltschädlichen Verbrauch von ökologischen Ressourcen zeigen sich krasse Ungleichheiten nach Wohlstandsgruppen. So sind die Chancen für eine gute Gesundheit und hohe Bildung bei Menschen aus finanziell gut ausgestatteten Haushalten um ein Vielfaches besser als bei den Gruppen mit geringem Einkommen und ohne Vermögen. Die Benachteiligungen in den verschiedenen Lebensbereichen kumulieren sich und führen zu ausgesprochen ungleichen Lebenschancen. Einem Teil der Bevölkerung reicht es trotz hohem Einsatz nicht, ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, das auch nur für einen minimalen Lebensunterhalt reicht. Hier stellt sich die Frage, wie fair die von der gesamten Gesellschaft erwirtschafteten Werte verteilt sind. In den letzten Jahrzehnten ist eine Tendenz festzustellen, dass Reiche immer reicher werden und gleichzeitig ein immer grösserer Teil der Bevölkerung nicht über genügend lebenswichtige Güter und Dienstleistungen verfügt. Gemäss dem jüngsten OECD-Bericht ist die Bevölkerung in vielen Ländern zunehmend besorgt über die steigende Ungleichheit (OECD 2021).

Im Zuge des Neoliberalismus wurde der Arbeitsmarkt zunehmend dereguliert, was zu einer Zunahme der nicht-standardisierten Arbeit geführt hat (Keeley 2015; OECD 2015). Insbesondere Temporärarbeit, befristete Anstellungen, Arbeit auf Abruf, freiwillige und unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie Pseudoselbstständigkeit erhöhen die Ungleichheit des Erwerbseinkommens (OECD 2015). Digitalisierung und Globalisierung haben diese Entwicklung verstärkt. Auffallend ist, dass im

unteren Bereich die Einkommen im besten Fall moderat anstiegen, stagnierten oder gar rückläufig waren (ebd.: 21), während extreme Spitzeneinkommen und Boni stark zulegten. Damit konnten sich die oberen Einkommen einen wesentlich höheren Anteil am wirtschaftlichen Wachstum aneignen als mittlere oder geringe Einkommen. Die Folge ist ein Auseinanderdriften der Einkommenspfade der verschiedenen Einkommensgruppen.

Im Gleichheitsmonitor des Denknetz (zu finden auf www.denknetz.ch) werden seit 15 Jahren jährlich Indikatoren zur ungleichen Verteilung von materiellen Ressourcen publiziert. Im Folgenden gehen wir auf einige Dimensionen und Entwicklungen der im Gleichheitsmonitor festgehaltenen Aspekte ein.

GROSSE VERLUSTE FÜR DIE LOHNABHÄNGIGEN, GEWINNE UND DIVIDENDEN STEIGEN

Die Arbeitnehmenden mussten in den letzten Jahren grosse Lohnverluste hinnehmen. Wegen des Rückgangs der nominellen Löhne im Corona-Jahr 2021 und der hohen Teuerung im Jahr 2022 fielen die Löhne in diesen beiden Jahren um 2,7 Prozent hinter die Teuerung zurück. Gemäss den 2023 in Gesamtarbeitsverträgen ausgehandelten Löhnen ergibt sich eine Anhebung der durchschnittlichen Löhne um 2,5 Prozent, was knapp über der durchschnittlichen Teuerung von 2,1 Prozent liegt. In der Regel werden die Löhne der GAV-Unterstellten jedoch stärker angehoben als die Löhne der Arbeitnehmenden ohne GAV. So zeigt die Lohnstatistik für das dritte Quartal 2023 einen Anstieg der Durchschnittslöhne von 1,8 Prozent. Bei einer durchschnittlichen Teuerung von 2,1 Prozent würde dies einen erneuten Reallohnrückgang bedeuten, und dies im dritten aufeinanderfolgenden Jahr.

Nicht alle Wirtschaftssektoren waren gleich betroffen. Im Jahr 2022, dem Jahr mit den grössten Lohnverlusten, wiesen die Branchen Kunst/Unterhaltung, Herstellung von Kunststoffen, Gummi, Steine/Erden, Herstellung von Elektronik/Optik/Uhren sowie Post- und Kurierdienste überdurchschnittlich grosse Reallohnverluste auf. Nur geringe Verluste gab es in den Branchen Informatik und Versicherungen, während die Löhne in der chemischen und pharmazeutischen Industrie sogar um real 1,2 Prozent stiegen.

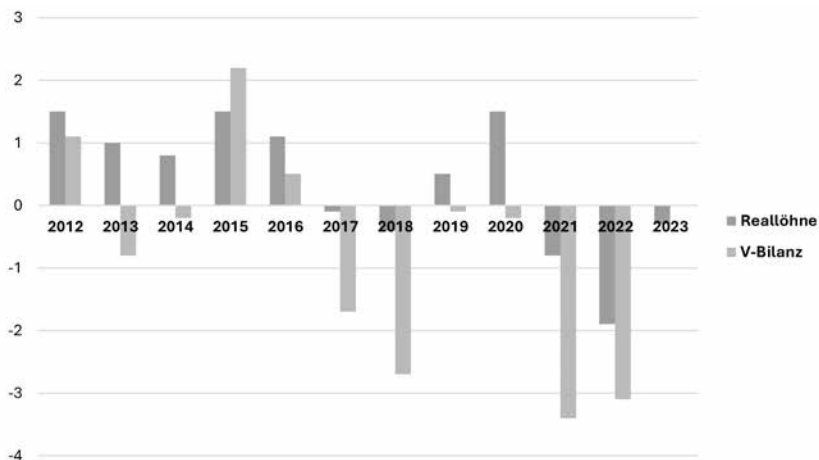
Frauen waren 2022 im Durchschnitt aller Branchen mit 2,0 Prozent stärker mit Reallohnverlusten konfrontiert als Männer (1,7 Prozent), im Vorjahr war dies noch umgekehrt gewesen. Je nach Lohnhöhe unterscheiden sich die Reallohnverluste deutlich. So zeigt die Lohnstrukturerhebung des Bfs, dass zwischen 2016 und 2022 die Reallöhne der unteren und mittleren Einkommen gesunken sind, während die Reallöhne des obersten Dezils der Lohnempfänger um 5,4 Prozent zugenommen haben. Noch grössere Zuwächse konnten die obersten Top-Löhne verzeichnen (Mühlemann et al. 2023).

Kommt hinzu, dass Personen mit unteren und mittleren Einkommen stärker von Preissteigerungen betroffen sind als Personen mit höheren Einkommen, während die Reallohnstatistik mit durchschnittlichen Inflationsraten rechnet (Baumann 2022). Der Kaufkraftverlust dürfte demnach für die unteren Löhne grösser sein als in der Statistik ausgewiesen. Haushalte mit einem geringen Einkommen sind besonders stark betroffen von steigenden Krankenkassenprämien, die gar nicht im Konsumentenpreisindex enthalten sind, höheren Mieten und den steigenden Preisen für die Basisgüter des täglichen Lebens. Untere Einkommen müssen trotz Prämienverbilligung 10 bis 15 Prozent des Bruttoeinkommens für die Krankenversicherungsprämien aufbringen. Da die Prämienverbilligung bei Weitem nicht Schritt gehalten hat mit der Entwicklung der Prämien, trifft diese Entwicklung Einkommensschwache hart (Masé 2024). Auch die steigenden Wohnkosten belasten die tiefsten Einkommensklassen stärker.¹ Hier braucht es gezielte Massnahmen zur Entlastung.

UMVERTEILUNG VON ARBEIT ZU KAPITAL

Im Gegensatz zu den Löhnen stieg die Arbeitsproduktivität (gemessen im BIP pro Arbeitsstunde zu konstanten Preisen) seit 2016 stetig an, und dies auch während der Corona-Jahre und im ersten Jahr des Ukraine-Krieges. Am Vergleich der Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Reallöhnen zeigt sich, wie sich die Verteilung zwischen Kapital (Unternehmensgewinne/Einkommen Selbstständiger) und Arbeit entwickelt hat.

Abbildung 1: Reallohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Schweiz



Verteilungsbilanz = Entwicklung Reallöhne minus realer Arbeitsproduktivität: Ein negativer Wert bedeutet, dass die Löhne hinter der Arbeitsproduktivität herhinken, ein positiver, dass sie sie übersteigen.

Quellen: Lohnindex BFS, Arbeitsproduktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden, BFS

Abbildung 1 zeigt, dass sich diese Verteilungsbilanz seit 2017 permanent zugunsten der Gewinne verändert hat. Allein in den Jahren 2021 und 2022 gingen über 6 Prozent des zu verteilenden Mehrprodukts von den Lohnabhängigen zu den Unternehmen bzw. Kapitalbesitzern, seit 2017 sind dies insgesamt über 11 Prozent. Das spiegelt sich in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wider. Zwar gingen die Unternehmensgewinne im ersten Corona-Jahr 2020 zurück, diese stiegen aber 2021 und 2022 umso mehr an, sodass sie den bisherigen Höchststand von 2018 bereits wieder übertrafen. Auf einem tieferen Niveau gilt dies auch für den Saldo der Vermögenseinkommen aus dem Ausland und an das Ausland.

Deutlich angestiegen ist auch die Summe der ausgezahlten Dividenden. Bei den von Janus Henderson erfassten Firmen stiegen die Auszahlungen in Europa im Jahr 2021 um 36,5 und im Jahr 2022 um 10,9 Prozent. In der Schweiz stagnierten die Dividendenzahlungen 2021 noch, stiegen dann aber 2022 um fast 30 Prozent. Für das dritte Quartal 2023 wurde nochmals ein deutliches Wachstum ausgewiesen (Janus Henderson 2023).

Unternehmen und Kapitalbesitzende haben offenbar auch in den Krisenzeiten während der Pandemie, in der Periode der steigenden Preise und während des immer noch andauernden Krieges in der Ukraine ihre Gewinne und Vermögenseinkommen erhöhen können. Dies trifft auch für Unternehmen und Private zu, die Liegenschaften besitzen und von den steigenden Mieten profitierten, was zu einer Umverteilung von Mietern zu den Eigentümern der Liegenschaften führte. Die Lohnabhängigen gingen hingegen nicht nur leer aus, sie verloren sogar einen nicht unbeträchtlichen Teil ihres Einkommens.

GROSSE VERMÖGEN HABEN NOCHMAL ZUGELEGT

Die ungleiche Entwicklung der tiefen bis mittleren Löhne auf der einen und der hohen Löhne sowie der Vermögenseinkommen auf der anderen Seite spiegelt sich beim Haushaltseinkommen (gesamte Erwerbseinkommen, Renten und Vermögenseinkommen) wider, wenn auch in einem geringeren Ausmass. Als Indikator dazu wird im Gleichheitsmonitor das Einkommensverhältnis der oberen 20 Prozent zu den unteren 20 Prozent der Einkommenspyramide aufgeführt. Dieses hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich von 4,2 auf 4,7 vergrössert. Der Anteil der obersten 10 Prozent am Gesamteinkommen hat seit den 1980er-Jahren bis 2011 wesentlich zugenommen, ist aber seither relativ stabil geblieben.

In Bezug auf die Einkommensungleichheit befindet sich die Schweiz im Mittelfeld der Industrieländer. Der Gini-Index der verfügbaren Einkommen lag 2018 in der Schweiz mit 0,33 ähnlich hoch wie in Deutschland und Frankreich (0,32). Höher war die Einkommensungleichheit in Italien, Spanien und Grossbritannien (0,34 bis 0,35,), deutlich geringer in Belgien und den skandinavischen Ländern (unter 0,30) (Fluder/Baumann/Farys 2022).

UNGLEICHHEIT BEI VERMÖGEN IST MARKANT UND NIMMT WEITER ZU

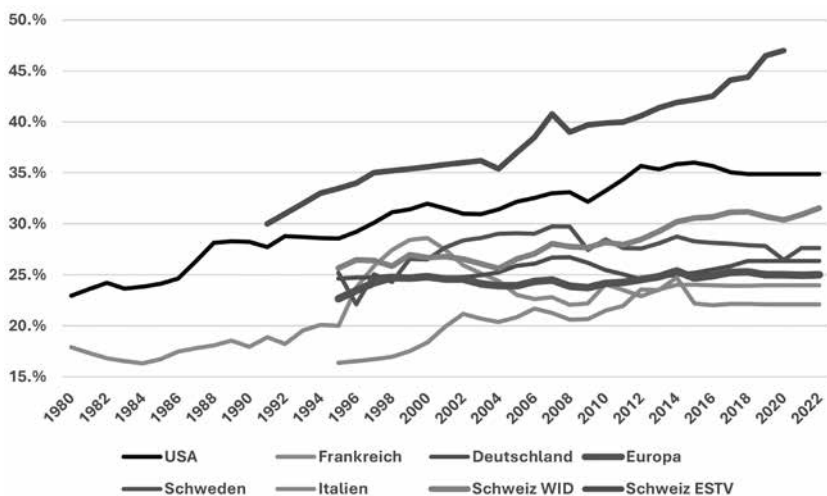
Im Gegensatz zu den Einkommen sind die Vermögen in der Schweiz im internationalen Vergleich extrem ungleich verteilt.

Gemäss dem «Global Wealth Report» der CS bzw. UBS beträgt das Durchschnittsvermögen pro erwachsene Person in der Schweiz 685.000 US-Dollar. Dies ist das höchste Durchschnittsvermögen der Welt, weit vor den USA, die an zweiter Stelle liegen. Die Schweiz ist damit eines der wohlhabendsten Länder der Welt. In der Studie wird dies jedoch gleich wieder relativiert: Der Reichtum ist in der Schweiz sehr ungleich verteilt. Deshalb liegt der Median des Vermögens nur bei rund 167.000 US-Dollar.² Gemessen am Medianvermögen liegt hier die Schweiz nur noch an sechster Stelle hinter Belgien, Dänemark und Neuseeland, deren Reichtum tiefer, jedoch gleichmässiger verteilt ist.

Nimmt man die neuste Vermögensstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) als Datenbasis, ergeben sich allerdings nochmals andere Werte. Der Hauptgrund dafür ist, dass die CS-Studie die Pensionskassenguthaben als Privatvermögen mit einbezieht, die ESTV-Statistik jedoch nicht. Die Zweite Säule ist in der Schweiz ein wichtiger gesetzlicher Teil der Altersvorsorge, auf den vor der Pensionierung in der Regel nicht zugegriffen werden kann.³ Deshalb ist es fragwürdig, die angesparten Pensionskassenvermögen mit einzubeziehen. Gemäss ESTV-Statistik beträgt das Durchschnittsvermögen pro erwachsene Person 311.000 Franken, im Vergleich mit der CS-Studie also nur etwa die Hälfte. Die extrem ungleiche Verteilung der Vermögen zeigt sich daran, dass die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung rund drei Viertel des Vermögens besitzen. Für die grosse Mehrheit von 95 Prozent der Bevölkerung bleibt somit nicht mehr viel übrig: deren Vermögen beträgt durchschnittlich noch rund 100.000 Franken.

Gemäss dem Gleichheitsmonitor konnte das reichste Prozent der Bevölkerung 2019, dem letzten von der Vermögensstatistik der ESTV erfassten Jahr, nochmals zulegen und verfügt damit über 47 Prozent des Gesamtvermögens. Zehn Jahre zuvor betrug der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtkuchen erst 34 Prozent. Das Vermögen des obersten Prozents hat sich damit in zehn Jahren von 472 auf 1065 Milliarden mehr als verdoppelt.

Abbildung 2: Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen im internationalen Vergleich 1980 - 2022



Quellen: World Inequality Database (Nettovermögen pro Person),

<https://wid.world/>, abgerufen Januar 2024;

ESTV (Reinvermögen Steuerzahlende ohne PK-Ansprüche),

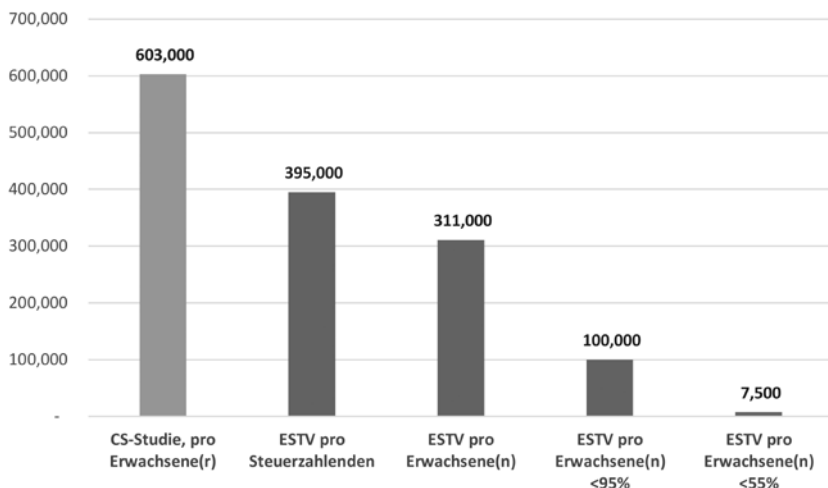
<https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/allgemeine-steuerstatistiken/gesamtschweizerische-vermoegenssteuerstatistik.html>, abgerufen Januar 2024; eigene Berechnungen.

DIE HÄLFTE BESITZT NICHTS ODER FAST NICHTS

Und wie steht es mit der unteren Hälfte der Wohlstandspyramide? Hier sieht das Bild ganz anders aus und kontrastiert mit dem Klischee der «reichen Schweiz». Ohne Berücksichtigung der PK-Vermögen verfügt die Hälfte der Erwachsenen nur über wenige Ersparnisse, besitzt gar nichts oder ist gar verschuldet. Im Durchschnitt ergibt dies für 55 Prozent der erwachsenen Bevölkerung nur ein durchschnittliches Vermögen von rund 7500 Franken (Abbildung 3).

Angesichts der hohen Teuerung, steigender Mieten, Krankenkassenprämien und Strompreise kann sich dies fatal auswirken: Eine Mehrheit der Bevölkerung hat keine finanziellen Reserven, wenn die Kaufkraft sinkt und der Lohn knapp wird.

Abbildung 3: Unterschiedliche Messwerte für das Durchschnittsvermögen in der Schweiz (in CHF)



Quellen: UBS Global Wealth Report 2023, Vermögenssteuerstatistik ESTA 2022 (bezieht sich auf das Steuerjahr 2019), Zahlen <95 und <55% extrapoliert.

Anmerkung: Ausgewiesen wird das arithmetische Mittel.

UNTERSCHIEDLICHE WOHLSTANDSVERTEILUNG NACH GESCHLECHT

Wie steht es mit der Verteilung der finanziellen Ressourcen zwischen den Geschlechtern? Anhand einer neuen Datenbasis haben Hümbelin et al. 2023 die Unterschiede bei den finanziellen Ressourcen von Frauen und Männern untersucht.⁴ Dabei zeigt sich, dass Frauen im Erwerbsalter ein erheblich tieferes Medianeinkommen haben als Männer: Dieses beträgt nur 57 Prozent des Einkommens der Männer. Betrachtet man die Dezilgruppen der Einkommenspyramide, so sind Frauen hauptsächlich im unteren Teil vertreten. Bei der Hälfte mit den tiefsten Einkommen sind zwei Drittel Frauen, während der Frauenanteil beim Dezil mit den höchsten Einkommen noch 20 Prozent beträgt. Diese Unterschiede widerspiegeln die tieferen Erwerbseinkommen der Frauen und damit die Ungleichheiten am Arbeitsmarkt. Frauen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Berufen, in Tieflohnbranchen, auf tiefen Positionen und in Teilzeitstellen.⁵ Aber auch bei gleichem Beruf, gleicher beruflicher Stellung, gleichem Ausbildungsniveau und Dienstalter bleibt eine unerklärte Lohndifferenz von 8.6 Prozent.⁶ Im Gleichheitsmonitor 2023 ist ersichtlich, dass sich diese Lohndiskriminierung in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich verändert hat.

Und wie steht es bei den Altersrenten? Nimmt man das gesamte Einkommen der Personen im Rentenalter, so kommen Frauen nur auf 58 Prozent des Einkommens der Männer. Werden nur Renten inklusive Kapitalzahlen der Altersvorsorge betrachtet, so beträgt der Unterschied (Gender Pension Gap) 37 Prozent, wobei dieser ausschliesslich durch die zweite und teilweise die dritte Säule zustande kommt. Bei den AHV-Renten gibt es praktisch keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen.⁷ Die Unterschiede beim Einkommen im Rentenalter widerspiegeln die unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen und Männern. Es erstaunt denn auch nicht, dass sich die Einkommen im Erwerbsalter und im Rentenalter ähnlich stark nach Geschlecht unterscheiden.

Betrachtet man hingegen anstelle des individuellen Einkommens das Haushaltseinkommen und korrigiert dieses aufgrund des unterschiedlichen Bedarfs grosser und kleiner Haushalte, so sind bei dem so ausgewiesenen Haushaltsäquivalenzeinkommen die Unterschiede deutlich geringer. Hier beträgt der Median der Frauen in Prozent des Medians der Männer im Erwerbsalter 96,8 Prozent und im Rentenalter 93,2 Prozent. Das geringere Einkommen der Frauen wird dabei durch ein höheres Einkommen der Männer kompensiert. Ein grosser Teil der individuellen Einkommensunterschiede entsteht durch das Aufteilen von Haushalts-/Betreuungsarbeit und Erwerbsarbeit. Zusammen genommen arbeiten Frauen wöchentlich etwas mehr als die Männer, sie leisten aber 66 Prozent der Arbeit als unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit und nur 34 Prozent als Erwerbsarbeit. Bei den Männern sind die Verhältnisse gerade umgekehrt. Bei Trennungen kann diese Aufteilung zu einer zusätzlichen einkommensmässigen Benachteiligung von Frauen führen (Fluder et al. 2024).

IMMER MEHR ARME – KOMMT JETZT DIE TRENDWENDE?

Während die Reichen auch zwischen 2013 und 2021 zulegen konnten, ist die Zahl der von Armut Betroffenen in der Schweiz stetig angestiegen. So erhöhte sich der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von knapp 6 auf 8,7 Prozent, was 2021 745.000 von Armut betroffenen Personen entsprach. Als arm werden Personen bezeichnet, deren Einkommen unter der Schwelle liegt, die für die Existenz mit einer minimalen gesellschaftlichen Integration nötig ist (soziales Existenzminimum). Am Beispiel einer vierköpfigen Familie lag diese Grenze 2021 bei knapp 4000 Franken.

MIGRANT:INNEN STÄRKER BETROFFEN

In den Pandemie Jahren 2020/21 hat sich die Armut dank Unterstützungsmassnahmen, verlängerter Kurzarbeit und weiteren Leistungen nicht wesentlich verschärft. Besonders von Armut betroffen sind Personen mit einem ausländischen Pass. Seit 2013 hat sich deren Armutsquote mehr als verdoppelt und ist damit ungleich stärker angestiegen als bei der Schweizer Bevölkerung. Anhand von

Abbildung 5 wird deutlich, dass das Armutsrisiko hauptsächlich bei Personen aus Ländern Osteuropas und ausserhalb der EU (EU-Ost und Drittländer) zugenommen hat. Diese Personen haben heute ein deutlich höheres Armutsrisiko als die übrige Bevölkerung. Leicht erhöht ist zudem das Armutsrisiko von Personen aus Südeuropa. Demgegenüber ist die Armutsquote der Personen aus Mittel- und Nord-europa fast gleich wie diejenige der Schweizer Bevölkerung.

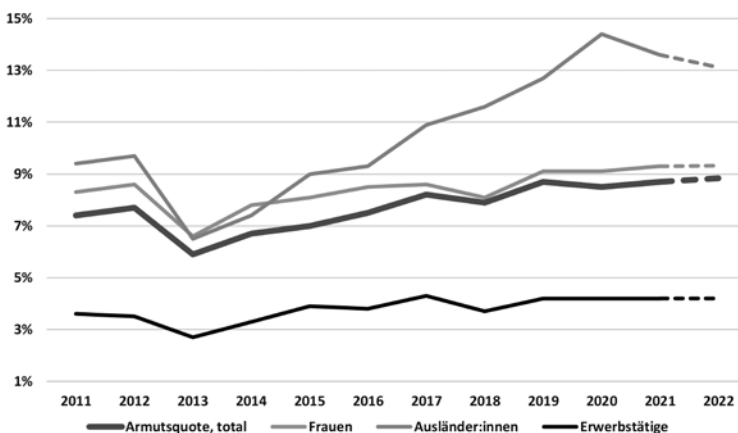
Frauen waren seit jeher stärker von Armut betroffen als Männer. Bis 2018 hatte sich dieser Unterschied verringert, ist aber seither wieder etwas grösser geworden. Stetig zugenommen haben die Working Poor, das heisst der Anteil jener Personen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind. Ihr Anteil am Total der Erwerbstätigen ist von 2,7 Prozent im Jahr 2013 auf 4,2 Prozent gestiegen.

CHANCE FÜR EINE TRENDWENDE?

Entgegen den Befürchtungen hat der Anteil der Personen, die Sozialhilfe beziehen, in den Pandemie Jahren nicht zugenommen. 2023 ist die Sozialhilfequote erstmals seit Langem von 3,1 auf 2,9 Prozent zurückgegangen. Dies dürfte mit der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen: Die Zahl der Erwerbslosen hat sich seit den Pandemie Jahren deutlich verringert und ist 2023 sogar auf ein Zehnjahrestief gesunken. Auch die Unterbeschäftigungsquote, also der Anteil jener Personen, die teilzeitbeschäftigt sind, aber länger arbeiten möchten, ist von 7,5 Prozent im Jahr 2020 (Frauen 11,8) auf 4,7 Prozent 2022 (Frauen 7,3) markant zurückgegangen.

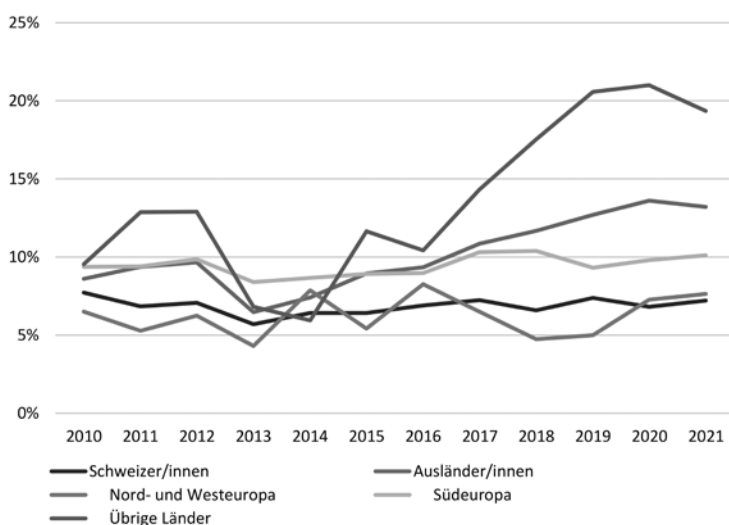
Zeigen diese Fakten eine Trendwende bei der Armutsentwicklung an, sodass die Zahl der von Armut betroffenen endlich wieder abnehmen könnte? Entscheidend wird dabei sein, wie die Löhne und Sozialleistungen der angestiegenen Inflation angepasst werden und wie sich die Inflation weiterentwickelt.

Abbildung 4: Armutsquoten der Schweiz 2011–2022



Quellen: BFS, Erhebung SILC. Für 2022 Trend.

Abbildung 5: Armut nach Nationalität und Ländergruppen



Quellen: BfS, Erhebung SILC.

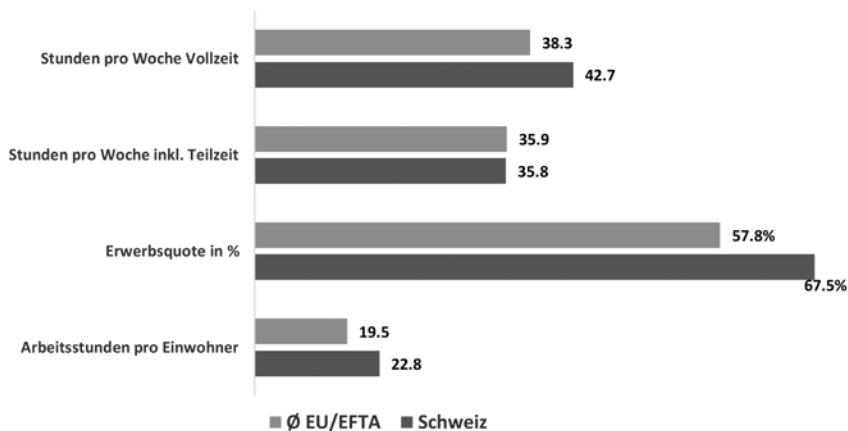
RÜCKVERTEILUNG DURCH VERKÜRZTE ARBEITSZEITEN

In der Schweiz wird viel gearbeitet – trotz anders lautender Äusserungen von neo-liberalen Politiker:innen und Ökonom:innen. So hat die Schweiz die längsten Arbeitszeiten in Europa und 2022 stieg das Arbeitsvolumen gar um 1,3 Prozent auf 7,9 Milliarden Stunden. Letzteres vor allem weil die Zahl der Arbeitsstellen zunimmt und Frauen mehr Erwerbsarbeit leisten. Obwohl die wöchentliche Regelarbeitszeit in den letzten Jahren leicht gesunken ist, liegt die Schweiz mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden einsam an der Spitze: im europäischen Durchschnitt wird nur 38,3 Stunden gearbeitet. Berücksichtigt man auch die Teilzeitbeschäftigten, so beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit in der Schweiz knapp 36 Stunden pro Woche, was etwa dem europäischen Durchschnitt entspricht. Die tiefere effektive Arbeitszeit muss hierzulade somit individuell durch einen geringeren Beschäftigungsgrad und einen tieferen Lohn selbst finanziert werden. Zusätzlich zur Erwerbsarbeit leisten vor allem Frauen viel unbezahlte Betreuungsarbeit und verzichten dabei als Teilzeitarbeitende auf einen Teil des Lohnes. Dabei handelt es sich bei Weitem nicht nur um gut ausgebildete Beschäftigte mit hohen Löhnen, welche sich eine Teilzeitstelle leisten können. Hauptsächlich Frauen sind häufig in Sektoren mit nur bescheidenen Löhnen wie dem Gastgewerbe, den persönlichen Dienstleistungen oder im Verkauf als Teilzeitbeschäftigte angestellt. Ein Teil davon möchte mehr arbeiten, sie können aber ihre Pensen nicht aufstocken, unter anderem weil Arbeitgebende bei kleinen Pensen Sozialleistungen sparen. Dies

trifft auf 7,4 Prozent der Frauen und 2,9 Prozent der Männer zu (Unterbeschäftigung 2.Q 2023).

Wie aus der folgenden Abbildung sichtbar wird, ist auch die Erwerbsbeteiligung in der Schweiz überdurchschnittlich hoch und die pro Einwohner geleistete Arbeitszeit liegt fast ein Fünftel (16,9 Prozent) höher als im europäischen Durchschnitt. Gleichzeitig ist die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätige:n) in der Schweiz ein Drittel höher als im europäischen Durchschnitt.

Abbildung 6: Arbeitszeit und Erwerbsquote in EU/EFTA und der Schweiz



Quellen: Eurostat, BfS

Zusätzlich zur bezahlten Erwerbsarbeit wird vor allem von Frauen eine riesige Anzahl von unbezahlter Arbeit in Haushalt, Familie und Pflege geleistet. Das Ausmass dieser unbezahlten Arbeit übersteigt mit fast zehn Milliarden Stunden sogar das Arbeitsvolumen der Erwerbsarbeit. Und die Anzahl der unbezahlten Stunden nahm in den letzten 20 Jahren noch mehr zu als das Volumen der Erwerbsarbeit.

RÜCKVERTEILUNG VON PRODUKTIVITÄTSGEWINNEN IN FORM DER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Bei der Arbeitszeit geht es auch um die Verteilung des Sozialprodukts: Wie lange muss für einen vollen Lohn, der für den Lebensunterhalt und die Altersvorsorge ausreichend ist, gearbeitet werden? Muss bei einem Ganztzeitjob weniger Stunden bei gleichem Lohn gearbeitet werden, so geht ein grösserer Teil des Kuchens an die Arbeitnehmenden.

Kürzere Arbeitszeiten sind eine wesentliche Voraussetzung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Die hohen Arbeitszeiten in der Schweiz sind eines der Hindernisse für diese Vereinbarkeit und ein wichtiger Grund für die

ungleiche Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit. Die hohe Erwerbsbeteiligung der Schweiz ist nur möglich, weil Frauen neben der unbezahlten Arbeit auch Erwerbsarbeit zu geringen Pensen leisten. Wegen der Haus- und Betreuungsarbeit ist die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit oft stark eingeschränkt, sodass sie nur in minimalen Umfang erfolgen kann. Kürzere Vollarbeitszeiten würden eine gleichere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern ermöglichen und die Berufs- und Karrieremöglichkeiten der Frauen erheblich verbessern. Damit könnte ein wichtiger Betrag zur Gleichstellung am Arbeitsmarkt geleistet werden. Eine Arbeitszeitverkürzung wäre dann nicht nur den Besserverdienenden in Form von Teilzeitarbeit vorbehalten. Auch Geringverdienende könnten davon profitieren, ohne in prekäre Einkommensverhältnisse abzurutschen.

In der Schweiz wird zudem pro Erwerbtätigen immer mehr geleistet, was auch eine immer höhere Arbeitsintensität und mehr Stress bedeutet. Deshalb braucht es aus gesundheitlicher Perspektive mehr Erholungszeit. Es wäre längst an der Zeit, aufgrund der erwähnten rekordhohen Arbeitsproduktivität die Arbeitszeit eines Vollzeitjobs zu reduzieren. Die Produktivitäts- und Wachstumsgewinne sollten auch in Form von kürzeren Arbeitszeiten an die Arbeitnehmenden weitergegeben werden. Dies würde allen ermöglichen, gleichzeitig Erwerbs- und Betreuungsarbeit zu leisten und somit bezahlte und nicht bezahlte Arbeit gerechter zu verteilen. Zudem ist es eine wichtige Voraussetzung, um den höheren Bedarf an Care-Arbeit abzudecken, der wegen der steigenden Lebenserwartung und dem höheren Durchschnittsalter weiter zunehmen wird. Auch aus ökologischer und gesundheitspolitischer Sicht ist es notwendig, Produktivitätsgewinne nicht in zusätzlichem Konsum, sondern in Form von stressfreier Zeit zu beziehen. Dies ist eine der notwendigen Bedingungen für die erforderliche sozioökologische Transformation (vgl. auch Brunner 2024). Wäre die Zunahme der Arbeitsproduktivität der letzten zehn Jahre vollständig in Form einer verkürzten Arbeitszeit an die Arbeitnehmenden weitergegeben worden, so hätte die wöchentliche Arbeitszeit auf 37 Stunden reduziert werden können. Kommt hinzu, dass bei kürzeren Arbeitszeiten die Produktivität pro Stunde steigt.

Es braucht eine neue Offensive für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbusse. Ein Ansatz hierfür ist die Einführung der Viertagewoche, wie sie jetzt in einigen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen diskutiert und auch bereits erfolgreich erprobt wird.

REICHE BELASTEN KLIMA 50-MAL STÄRKER

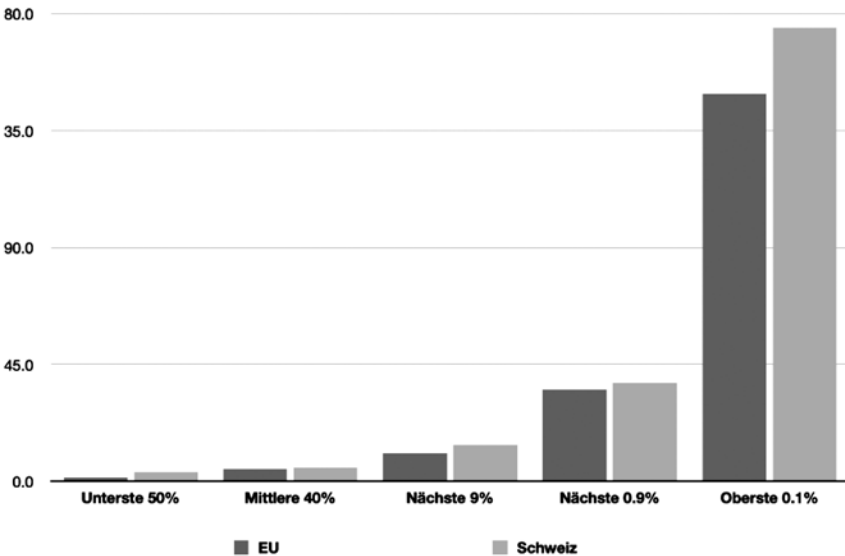
Krasse Ungleichheit existiert auch bei der Verursachung von CO₂-Emissionen: Weltweit betrachtet wird die Hälfte aller klimaschädigenden CO₂-Emissionen von den Reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung verursacht und 16 Prozent vom allerreichsten Prozent – diese verursachen gleich viel CO₂-Emissionen wie zwei

Drittel der Weltbevölkerung (Oxfam 2023). Zum einen erzeugen die wohlhabenden Regionen der Welt am meisten CO₂. So sind die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen in den USA rund doppelt so hoch wie in Europa und etwa viermal so hoch wie in Lateinamerika. Zum anderen sind auch innerhalb der USA und Europa die Unterschiede zwischen Arm und Reich riesig.

Im Gleichheitsmonitor 2023 sind anhand der World Inequality Database entsprechende Daten bis 2019 auch für die Schweiz nach Einkommensklassen vorhanden. Sie zeigen, dass die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen der 10 Prozent reichsten Haushalte mit 50 Tonnen pro Jahr rund drei Mal höher sind als im Durchschnitt der Bevölkerung (17 Tonnen pro Jahr). Seit 1980 haben die durchschnittlichen Emissionen bis 2013 zugenommen und nehmen seither wieder leicht ab. Dabei haben die Emissionen der oberen 10 Prozent bis 2013 überdurchschnittlich stark zugenommen.

Betrachtet man die Pro-Kopf-Emissionen pro Einkommens-Perzentil so zeigt sich, dass das reichste Prozent der Bevölkerung pro Kopf das Klima mehr als zehn Mal so stark belastet wie die Bevölkerung der unteren Hälfte der Einkommenspyramide. Bei den reichsten 0,1 Prozent sind es sogar fast 50-mal so viel. Im Vergleich mit den Ländern der EU ist die CO₂-Belastung in allen Einkommenschichten in der Schweiz leicht höher, markant höher aber bei den Reichsten.

Abbildung 7: CO₂-Emissionen pro Kopf nach Einkommensklassen 2019



Quelle: Stockholm Environment Institute, Emissions Inequality Calculator

KLIMAGERECHTIGKEIT


Bereits heute scheinen aufgrund der bisherigen Massnahmen die CO₂-Ziele des Weltklimarates kaum erreichbar zu sein (Erderwärmung maximal + 1.5 Prozent). Aber auch wenn dieses Ziel nur annähernd erreicht werden soll, müssen die CO₂-Emissionen pro Kopf auf ca. 2,2 Tonnen verringert werden. Das würde am Beispiel Europas für die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung eine Halbierung bedeuten, in diese Richtung geht auch der Trend. Ganz anders sieht es bei den reichsten 10 Prozent aus: Sie müssten ihren CO₂-Ausstoss um über 90 Prozent reduzieren (World Inequality Report 2022). «Klimagerechtigkeit» heisst, dass nicht nur die reichen Länder, sondern auch die reichen Schichten der Bevölkerung einen überdurchschnittlichen Anteil an der Reduktion der CO₂-Emissionen leisten müssen. Sie haben bisher überdurchschnittlich vom Ressourcenverbrauch dieser Erde profitiert. Für die nächsten Jahre geht es konkret um die Frage, wer für die nötigen Massnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, also dem Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, bezahlen soll. Bereits heute zeichnen sich darüber grössere soziale Konflikte ab (Gelbwesten in Frankreich, Bauernproteste in Deutschland, Erstarkung der radikalen Rechten, Populist:innen und Klimaleugner:innen). Für die Finanzierung klimaschützender Massnahmen und Investitionen müssen deshalb diejenigen mit hohem Einkommen und Vermögen einen bedeutenden Teil beisteuern, sei dies über eine Vermögensabgabe, eine nationale Erbschaftssteuer oder eine Sondersteuer auf besonders hohe Einkommen (Baumann/Fluder/Ringger 2021). Wahrscheinlich sind jedoch zusätzlich Verbote und Beschränkungen für besonders exzessiven Konsum nötig. So wird zum Beispiel die in der Schweiz vergleichsweise sehr häufige Verwendung von Privatjets eingeschränkt werden müssen (Brönnimann, Christian et al. 2023).

TRANSFORMATION GELINGT NUR MIT SOZIALER GERECHTIGKEIT

Die Schweiz ist ein Land, in dem einige wenige Familien, einheimische wie auch zugezogene, unglaubliche Reichtümer angehäuft haben. Das reichste Prozent besitzt fast so viel wie die übrigen 99 Prozent. Gleichzeitig besitzt mehr als die Hälfte der Bevölkerung kein oder ein nur sehr kleines Vermögen oder ist sogar verschuldet. Kommt hinzu, dass die Kaufkraft der Löhne in den letzten Jahren für einen grossen Teil der Beschäftigten gesunken ist, was vor allem Haushalte mit tiefen Einkommen in ihrer Existenz bedroht. Die ungleiche Verteilung des Wohlstands ist der Grund dafür, dass die Armut in der Schweiz zugenommen hat, obwohl das Wirtschaftswachstum nur kurz durch die Pandemiejahre unterbrochen wurde und die Produktivität stetig weiter ansteigt.

Grosse Ungleichheit ist nicht nur ein soziales und wirtschaftliches Problem, sondern auch ein staatspolitisches: Sie führt zu einer schleichenden politischen Machtkonzentration bei wenigen Wohlhabenden, was demokratische Entscheide

infrage stellt und einer Oligarchisierung und Refeudalisierung der Gesellschaft Vorschub leistet.

Die ökologische Transformation von einer fossilen in eine klimaneutrale Wirtschaft bedingt grundlegende politische Entscheide und grosse Investitionen. Dies kann nur mit einem minimalen Konsens und einem gesellschaftlichen Zusammenhalt gelingen, der die Zivilgesellschaft mit einbezieht. Ungleichheit wirkt dem entgegen und verstärkt das Misstrauen derjenigen, die nicht in fairer Weise an den Wohlstandsgewinnen partizipieren können, gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Eliten. Ungleichheit, Existenzbedrohung und Herabwürdigung arbeitet Rechtspopulist:innen und Verschwörungstheoretiker:innen in die Hände und bedroht die Demokratie. Jedes grosse Reformprojekt muss deshalb begleitet sein von steuer- und sozialpolitischen Massnahmen, die eine gerechte Verteilung der Lasten und die Inklusion aller gesellschaftlichen Gruppen sicherstellen. Die aktuellen sozialen und ökologischen Herausforderungen und insbesondere die Transformation in eine klimaneutrale Gesellschaft erfordern einen grundlegenden Systemwechsel (Dörre 2024). 

ANMERKUNGEN

- 1 Die ärmsten 20% verwenden im Schnitt 20% ihres Bruttoeinkommens für Wohnen und Energie; siehe Masé 2024: 21.
- 2 Der Median zeigt an, dass 50 Prozent der Erwachsenen weniger als 167.000 besitzen und 50 Prozent mehr besitzen.
- 3 Ausnahme ist beim Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum und beim Beginn einer selbstständigen Erwerbstätigkeit.
- 4 Die Daten stammen aus dem SNF-Projekt «Inequality, poverty risks and the welfare state» (SNF-Projekt 178973). Genutzt wurden Steuerdaten der Kantone Aargau, Bern, Luzern, St. Gallen, Wallis und Genf, die mit Bevölkerungs- und Sozialleistungsdaten verknüpft sind.
- 5 58 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit und ein Viertel weniger als 50 Prozent. Bei den Männern beträgt der Anteil mit einer Teilzeitstelle 19 Prozent; siehe BFS 2023.
- 6 Basierend auf einer Vollzeitstelle verdienen Frauen 18 Prozent weniger als Männer, wovon 52 Prozent durch objektive Faktoren erklärt werden können und 48 Prozent unerklärt bleiben, d.h. 8,6 Prozent der Lohndifferenz. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/einkommen.html>
- 7 Bei den Pensionskassenrenten besteht eine Differenz von 63 Prozent bei den AHV jedoch nur um 2,7 Prozent; siehe Fluder et al. 2016.

LITERATUR

- Baumann, Hans/Fluder, Robert/Ringger, Beat (2021): Die Solidaritäts-Vermögensabgabe, Denknetz Working Paper 2021, https://baumanneconomics.ch/wp-content/uploads/sites/36/2022/01/Ringger_Fluder_Baumann_Vermögensabgabe.pdf
- BfS – Bundesamt für Statistik (2023): Unterbeschäftigungsquoten nach Geschlecht und Familiensituation, 22.6.2023. www.bfs.admin.ch/asset/de/22864363
- Brönnimann, Christian et al. (2023): Diese superreichen Schweizer befeuern den Privatjet-Boom – auf Kosten des Klimas, in: Tages-Anzeiger, 14.5.2023, <https://www.tagesanzeiger.ch/schweizer-fliegen-am-meisten-mit-privatjets-845335221097>
- Brunner, Mirjam (2024): Arbeitszeitverkürzung für eine sozialökologische Wende, in: Sozialalmanach Caritas 2024, S. 175–187.
- Dörre, Klaus (2024): Die Transformation muss jetzt und hier beginnen, in: Sozialalmanach Caritas 2024, S. 73–89.
- Fluder, Robert/Baumann, Hans/Farys, Rudolf (2022): Immer mehr Reichtum für Wenige, in: Sozialalmanach Caritas 2022, S. 61–84.
- Fluder, Robert/Kessler, Dorian/Schuwey, Claudia (2024): Scheidung als soziales Risiko. Analyse zu den institutionellen Rahmenbedingungen und den geschlechtsspezifischen Folgen von Ehetrennungen in der Schweiz, Zürich.
- Fluder, Robert/Salzgeber, Renate/von Gunten, Luzius/Kessler, Dorian/Fankhauser, Regine (2016): Gender Pension Gap in der Schweiz. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Altersrenten, Forschungsbericht 12/16, BSV.
- Janus Henderson (2023): Global Dividend Index, November 2023, https://cdn.janushenderson.com/webdocs/H052014_1023_EN.pdf
- Keeley, Brian (2015): Income Inequality. The Gap between Rich and Poor, OECD Insights, Paris.
- Masé, Aline (2024): Bericht über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung 2022/2023, in: Sozialalmanach Caritas 2024, S. 19–40.
- Mühlemann, Maël/Loretan, Diego/Hartmann, Hans (2023): Schweizer Grossunternehmen im Dividendenrausch. Teuerungsausgleich nur für die Teppichetage, Lohnscheren-Studie 2023, hrsg. von der Unia, https://www.unia.ch/fileadmin/user_upload/Arbeitswelt-A-Z/Lohnschere/2023_Unia_Studie_Lohnschere_De.pdf
- OECD (2015): In It Together. Why Less Inequality Benefits All, Paris.
- OECD (2021): Does Inequality Matter? How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility, <https://read.oecd.org/10.1787/3023ed40-en?format=read#page1>
- Oxfam (2023): Climate Equality: A planet for the 99%, <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-equality-a-planet-for-the-99-621551/>
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2023): Verteilungsbericht 2023. Dossier Nr. 154, Bern.
- Sozialalmanach Caritas (2024): Sozioökologische Wende und Armut in der Schweiz, Luzern.
- UBS (2023): Global Wealth Report, <https://www.ubs.com/global/en/family-office-uhnw/reports/global-wealth-report-2023.html>
- WIR – World Inequality Report 2022, <https://wir2022.wid.world>.